

Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung
zH Dr. Erwin Neumeister
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
BMWFW-52.250/0163-I/6/2007

Unser Zeichen, Bearbeiterin
Pri/Cl, Leeb

Klappe (DW) Fax (DW)
466 100 467

Datum
02.10.2007

Entwurf einer Novelle des Universitätsgesetzes 2002;

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des o.a. Entwurfs und gibt folgende Stellungnahme ab:

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat sich in seinen Beschlüssen immer klar für den freien Hochschulzugang ausgesprochen.

Zugangsbeschränkungen, und mögen diese auch noch so „verantwortungsvoll“ eingesetzt werden, stellen für uns nicht die Lösung der universitären Probleme (z. B. die Betreuungsrelation Studierende/Professoren) dar. Sie dienen aus unserer Sicht nur dazu aktuelle Probleme kurzfristig auf dem Rücken der Studierenden zu auszutragen.

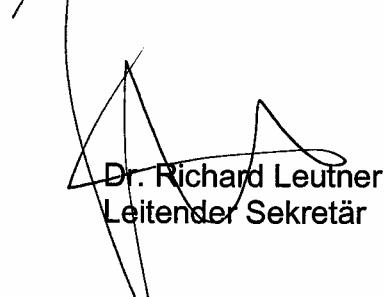
Wir versprechen uns daher gegen eine Verlängerung des § 124b Abs. 1 aus.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Einwände und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Rudolf Hundstorfer
Präsident



Dr. Richard Leutner
Leitender Sekretär